



**Michael Schrodi**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## **Pressemitteilung**

**MdB Michael Schrodi besucht Asylbewerberunterkunft am Fliegerhorst: Kritik an fehlenden Strukturen für Kinder und Beschäftigungsmöglichkeiten für Erwachsene**

Olching, 03.05.2019

**Michael Schrodi, MdB**  
Ilzweg 1  
82140 Olching  
Telefon: +49 8142 501 0589  
Fax: +49 8142 501 3962  
michael.schrodi.wk@bundestag.de

**Berliner Büro:**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Otto-Wels-Haus  
Raum: 5.027  
Telefon: +49 30 227-77541  
Fax: +49 30 227-70541  
michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

**Am Freitag, den 29. April besuchte der örtliche Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi zusammen mit seiner Kollegin Gabriela Heinrich, Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestags die Asylbewerberunterkunft am Fliegerhorst in Fürstenfeldbruck. Vertreter der Regierung von Oberbayern sowie die Einrichtungsleitung ermöglichten den Abgeordneten eine ausführliche Begehung und anschließend ein informatives und kontroverses Gespräch. „Einiges hat sich in letzter Zeit verbessert, es besteht jedoch weiterhin dringender Handlungsbedarf, vor allem in Hinblick auf die Situation von Kindern und Frauen in der Einrichtung“, fasst Schrodi zusammen.**

Auf einem ausführlichen Rundgang durch die Asylbewerberunterkunft konnten sich die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Gabriela Heinrich und Michael Schrodi einen Überblick über die aktuelle Situation in der Asylbewerberunterkunft verschaffen. Es wurden unter anderem der Familienbereich inklusive den Räumlichkeiten für Kinderbetreuung, zudem Klassenräume, ein Computerraum, der Bereich zur medizinischen Betreuung sowie die Kleiderkammer des BRK besichtigt.

Das anschließende Gespräch mit Regierungsvizepräsident Walter Jonas und weiteren Vertretern der Regierung von Oberbayern sowie der Einrichtungsleitung war „äußerst informativ, es wurde aber auch kontrovers diskutiert“, wie Schrodi betont. Zu begrüßen sei, dass es nach einer Belegung von mehr als 90 Prozent durch Asylbewerber aus Nigeria nun zu einer stärkeren Durchmischung gekommen ist. „Die Verweildauer der Asylbewerber in der Einrichtung ist zudem gesunken - eine positive Entwicklung“, merkt Schrodi an.



Es gebe jedoch auch einige Kritikpunkte. „Die Verweildauer ist für die vielen Kinder in der Einrichtung immer noch zu lang. Es fehlt außerdem an einer adäquaten Kinderbetreuung sowie allgemein an kindgerechten Aufenthaltsmöglichkeiten in der Unterkunft“, merkt Schrodi an. Generell fehlten seit Bestehen der Unterkunft Maßnahmen für einen strukturellen Tagesablauf, auch der Erwachsenen.

„In anderen Unterkünften gibt es solche Maßnahmen schon lange, doch hier in Fürstfeldbruck hat sich deren Ausschreibung durch die Regierung von Oberbayern immer wieder verzögert und ist bis heute nicht geschehen“, kritisiert Schrodi. Die Regierungsvertreter haben im Gespräch nun aber eine sehr zeitnahe Ausschreibung zugesichert.

Kritisch bleibt Schrodi auch hinsichtlich der Durchsetzung der Geschlechtertrennung bei Benutzung der Sanitäreinrichtungen. Diese wird nämlich nicht baulich sondern laut Einrichtungsleitung durch Patrouillen des Sicherheitsdienstes garantiert. „Es darf bezweifelt werden, dass das Sicherheitspersonal immer alles im Blick behalten kann“, so Schrodi. Weiterhin bemängelt er, dass es für Frauen immer noch keine geschützten Räume bzw. Rückzugsorte in der Einrichtung gebe, obwohl dies schon seit längerem geplant sei.

Grundsätzlich sei bei dem Termin einmal mehr klar geworden, dass CSU-Innenminister Horst Seehofer bis heute kein Konzept für die sogenannten *Ankerzentren* vorgelegt hat. „Und auch das wurde im Gespräch mit der Regierung von Oberbayern deutlich: Es müssen dringend Gespräche über die Rücknahmebedingungen mit den Herkunftsländern geführt werden. Dieser Verpflichtung kommt der Innenminister jedoch nicht nach“, so Schrodi. Denn oftmals können abgelehnte Asylbewerber weder in andere EU-Staaten noch in ihre Herkunftsländer rückgeführt werden, weil es unzureichende oder gar keine Absprachen gibt.

„Doch das ignoriert Seehofer seit Jahren. Stattdessen will er mit seinem *Geordnete-Rückkehr-Gesetz* Asylsuchende in Haft nehmen, wenn sie nicht aktiv genug an ihrer Rückführung mitwirken. Das ist jedoch ganz offensichtlich der falsche Ansatz“, betont Schrodi.